

Die sieben Abgeordneten der Wahlkreise, die die 13 Kommunen im Verbreitungsgebiet unserer Zeitung vertreten, sind überwiegend für die Impfpflicht – abhängig von deren Ausgestaltung.

Foto: dpa

Überwiegend pro Impfpflicht

Wie ticken „unsere“ Abgeordneten? Zwischen Orientierungsdebatte und Abstimmung fragte die MITTELBADISCHE PRESSE die Bundestagsabgeordneten der hiesigen Wahlkreise nach ihrer Haltung.

VON CLAUDIA RAMSTEINER

Mittleres Kinzigtal. Keine Impfpflicht für alle, auch nicht durch die Hintertür – viele Verantwortliche in der Politik haben das anderthalb Jahre lang wie ein Mantra wiederholt. Doch die eher geringe freiwillige Impfquote, ansteckendere Virusvarianten und die vierte Welle trotz Impfstoff haben etwas verändert. Die erste Orientierungsdebatte wurde im Bundestag in der vergangenen Woche geführt, zur Abstimmung soll es Ende März kommen. Die Abgeordneten sollen frei nach ihrem Gewissen entscheiden (siehe „Stichwort“).

Die MITTELBADISCHE PRESSE hat alle sieben Bundestagsabgeordneten der Wahlkreise im Verbreitungsgebiet nach ihrer Haltung befragt.

WK Lahr-Emmendingen

■ **Johannes Fechner** (SPD): „Auf den Intensivstationen liegen vor allem Ungeimpfte, und das zeigt, wie wichtig es ist, dass sich noch mehr Bürger impfen lassen. Zur allgemeinen Impfpflicht habe ich aber noch zahlreiche Fra-



gen und Bedenken, insbesondere was die Umsetzung angeht. Zwangsimpfungen sind vom Tisch. Die österreichische Impfpflicht zeigt erhebliche Probleme. Der Bundestag wird im März abstimmen und bis dahin werden wir die Fragen intensiv beraten.“

■ **Yannick Bury**, CDU: „Impfen ist der Weg aus der Pandemie. Meine Zustimmung zu einer allgemeinen Impfpflicht hängt davon ab, was diese genau bein-



haltet. Also für wen sie gelten und wie sie kontrolliert werden soll, welche Strafe Impfverweigerern droht oder ob es ein Impfreister geben soll. Zu all diesen Fragen hat die Koalition leider noch immer keine überzeugenden Konzepte vorgelegt. Dadurch verlieren wir weiter wertvolle Zeit.

WK Schwarzwald-Baar

■ **Thorsten Frei**, CDU: „Oberstes Ziel ist die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens. Das schaffen wir mit einer möglichst hohen Impfquote. Angesichts der aktuellen Variante Omikron habe ich jedoch meine Zweifel, ob mit einer allgemeinen Impfpflicht eine deutlich höhere Impfquote tatsächlich erreicht werden kann.“



Ich plädiere für ein Stufenmodell, was bedeutet, dass zunächst diejenigen, bei denen ein besonders hohes Hospitalisierungsrisiko besteht, geimpft werden müssten.“

■ **Derya Türk-Nachbaur** (SPD): „Ich habe über längere Zeit die Situation in den Krankenhäusern beobachtet und komme zu dem Schluss, dass wir an einer Impfpflicht für Erwachsene nicht mehr herumkommen. Noch vor einigen Monaten hätte ich diesen Standpunkt weit von mir gewiesen, doch auch die Politik lernt dazu und orientiert sich an den wissenschaftlichen Erkenntnissen.“



Eine Politik, die unbelehrbar auf wissenschaftlich überholten Standpunkten beharrt, kann nicht gut für das Land und die Menschen sein.

Die lang ersehnte Normalität wird es nur mit einer hohen Impfquote geben.“

WK Calw-Freudenstadt

■ **Klaus Mack** (CDU): „Bis zum Sommer war ich der Meinung, dass wir um eine Impfpflicht herumkommen.“



Ich hätte allerdings nicht gedacht, dass die Impfquote zu gering ist und wir mit Mutationen Gefahr laufen, jedes Jahr einen neuen Lockdown zu riskieren. Ich werde mich daher für eine Impfpflicht einsetzen. Allerdings kommt es in hohem Maße auf die konkrete Ausgestaltung an. Die Regierung hat bislang keinen Entwurf vorgelegt.“



■ **Saskia Esken** (SPD): „In der Orientierungsdebatte zur Sars-Cov-2-Impfpflicht gab es viele gu-

te, nachdenkliche Beiträge. Ich bin zu der Überzeugung gelangt, dass wir eine allgemeine Impfpflicht über 18 brauchen – für eine Impfquote, die uns wichtige individuelle und kollektive Freiheiten zurückbringt.“

Wahlkreis Rottweil

■ **Maria-Lena Weiss** (CDU): „Eine Impfpflicht ist ein nicht unerheblicher Grundrechtseingriff.“



Die Hürden dafür sind hoch und ich habe Zweifel, ob vor dem Hintergrund der eher milderen Krankheitsverläufe der Omikron-Variante eine allgemeine Impfpflicht rechtlich geboten ist. Da niemand weiß, wie sich die Pandemie insbesondere Richtung Herbst weiter entwickelt, halte ich es für erforderlich, dass die Politik vorausschauend handelt, um die Impfquote generell, aber vor allem bei den besonders schützenswerten Gruppen zu steigern.“

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

STICHWORT

Fraktionszwang und Gewissensfragen

Per Gesetz sind die Abgeordneten im Bundestag bei jeder Frage ausschließlich ihrem Gewissen verpflichtet. In der parlamentarischen Praxis herrscht jedoch in den meisten Fragen ein Fraktionszwang. Das bedeutet, Abgeordnete schließen sich der Mehrheitsmeinung ihrer Fraktion an, über die zuvor diskutiert wurde.

In einigen Fragen wird dieser inoffizielle Fraktionszwang aufgehoben. In der Vergangenheit war das zum Beispiel beim Thema Organspende, bei der Abstimmung über die Ehe für alle

und beim Thema Sterbehilfe der Fall. In diesem Jahr soll auch über die Impfpflicht gegen das Coronavirus ohne Fraktionszwang abgestimmt werden.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Wann sind ethische Fragen im Parlament Gewissensfragen und wann nicht? Justizminister Marco Buschmann: „Eine Impfpflicht würde einen Eingriff in das Recht auf körperliche Unversehrtheit begründen. Das ist für viele Menschen ein besonders sensibler Bereich.“